



Dezember 2017

**Liebe Leserinnen und Leser,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

wie bereits im vergangenen Newsletter erwähnt hat es in der DAKJ personelle Änderungen gegeben. Wir freuen uns, Ihnen unseren neuen Geschäftsführer Reinhard Biker vorzustellen.



Herr Reinhard Biker hat seine Stelle als Geschäftsführer der DAKJ am 01.07.2017 angetreten und unterstützt den Generalsekretär und den Vorstand bei der Erfüllung ihrer Aufgaben:

„Bei Antritt meiner Tätigkeit fand ich mit Frau Paul und Frau Petek zwei hochmotivierte und erfahrene Mitarbeiterinnen der DAKJ vor, die mich zusammen mit dem Generalsekretär Professor Huppertz bei der Einarbeitung in die vielfältigen Aufgabenbereiche der DAKJ sehr unterstützen. Bemerkenswert finde ich das Engagement vieler Ehrenamtsträger, sich auf ehrenamtlicher Basis für die Belange des pädiatrischen Berufsstandes uneigennützig einzusetzen. Die DAKJ konnte unlängst auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Heute gilt es mehr

denn je, die Bedeutung und Leistungen der deutschen Pädiatrie für unser Gesundheitswesen in das Bewusstsein der politischen Entscheidungsträger zu tragen. Die DAKJ als Dachverband der deutschen Pädiatrie wird dazu ihren Beitrag leisten.“

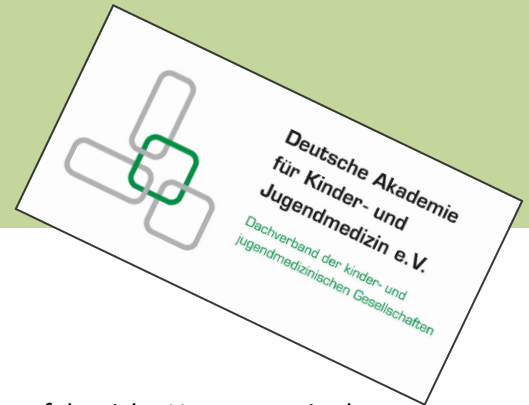
### **Kinderrechte**

Die Vertreter der drei Gründungsgesellschaften (DGKJ, BVKJ und DGSPJ) haben sich mit der DAKJ über politische Forderungen zur Stärkung der Interessen der Kinder und Jugendlichen verständigt. Es wurde vereinbart, die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz, die Einsetzung eines Kinderbeauftragten im Bundestag sowie die Stärkung der Kinderkommission gemeinsam unter dem Dach der DAKJ in der politischen Debatte voranzutreiben.

In zwei Terminen wurden Vertreter der DAKJ, der DGKJ, des BVKJ und der DGSPJ zu einem Austausch zum Thema „Kinderrechte ins Grundgesetz“ in das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, - Referat 514, Aufwachsen ohne Gewalt, Aktiver Kinderschutz - eingeladen.

Das Bundesratsverfahren zur Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz ruht derzeit bei einer Bund-Länder- Arbeitsgruppe und wurde vor der Bundestagswahl nicht mehr verhandelt. Der zu verhandelnde Entwurf wurde im Juni 2017 von der damaligen Ministerpräsidentin aus NRW eingebracht. Dieser Text war zuvor mit dem BMFSFJ und BMJ abgestimmt worden und ist nun die Verhandlungsgrundlage für weitere Gespräche. Damit dieser Antrag eine Chance hat, muss er im Koalitionsvertrag verankert werden. Der aktuelle Entwurf enthält die Regelung, das Wohl des Kindes „maßgeblich“ zu berücksichtigen. Vorteilhaft in dem Entwurf ist, dass hier ausdrücklich auch die Förderung der Rechte und des Wohls des Kindes festgeschrieben werden.

Im für die Umsetzung der Grundgesetzänderung federführend zuständigen Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz wurde ein weiterer Termin für ein gemeinsames Gespräch angefragt. Nachdem mittlerweile alle im Bundestag vertretenen Parteien der Aufnahme der Kinderrechte ins



Grundgesetz offen gegenüberstehen, bestehen gute Chancen für eine erfolgreiche Umsetzung in der neuen Legislaturperiode.

### **Petition für die Einsetzung eines/einer Bundeskinderbeauftragten**

Auf Anfrage der DAKJ bezüglich des Stands zur Petition für die Einsetzung eines Kinderbeauftragten im Deutschen Bundestag haben wir am 27.09.2017 vom Petitionsausschuss die Antwort erhalten, dass die Beratungen dazu noch nicht abgeschlossen sind und um weitere Geduld gebeten wird.

Am 19.10.2017 wurden alle neu gewählten Bundestagsabgeordneten angeschrieben, mit der Bitte, unsere Forderungen bei entsprechenden Diskussionen zu unterstützen.

### **Parlamentarisches Frühstück**

Für den 10. November hat die DAKJ im Käfer-Restaurant des Deutschen Bundestags ein gemeinsames Parlamentarisches Frühstück zum Thema „Versorgung von kranken Kindern und Jugendlichen – Chancen und Risiken“ mit Vorträgen von Herrn Professor Mayatepek und Herrn Dr. Fischbach geplant, das inzwischen aufgrund der kurzfristigen Absage der Sitzungswoche abgesagt werden musste. Ein neuer Termin für das Frühjahr 2018 ist geplant.

### **Themennetzwerk Flüchtlingskinder**

Eine Abfrage des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), die im Sommer an Fachverbände der Jugend- und Flüchtlingshilfe versendet wurde, soll als Datengrundlage für den zweiten Bericht der Bundesregierung über die Situation unbegleiteter ausländischer Minderjähriger gem. § 42e SGB VIII dienen. Ein vom „Bundesverband unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (BumF)“ entworfenes und von Fachverbänden unterzeichnetes Schreiben regt hierzu dringend umfassende Änderungen an, da Rahmenbedingungen und Methodik der Abfrage nur sehr begrenzt einen aussagekräftigen Bericht gewährleisten. Insbesondere Ziel und Auftrag der Abfrage bedürfen einer Klärung. Um die Lebenssituation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen abzubilden, wird ein unabhängiger, langfristig angelegter und partizipativer Forschungs- und Berichtsansatz empfohlen. Die DAKJ hat das Papier mitgezeichnet.

Die DAKJ ist im Themennetzwerk Flüchtlingskinder unter dem Dach der National Coalition vertreten. Weitere Information zu dem Netzwerk finden Sie [hier](#).

### **Aktionsbündnis Nichtrauchen (ABNR)**

Das Aktionsbündnis Nichtrauchen e.V. ist ein Zusammenschluss von fünfzehn bundesweit tätigen Gesundheitsorganisationen, die ihre politischen Aktivitäten im Bereich "Förderung des Nichtrauchens/Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens" bündeln.



Vordringliches Ziel des ABNR ist es, Maßnahmen zur Eindämmung der Gesundheitsgefahren durch das Rauchen und Passivrauchen auf politischer Ebene anzuregen, zu fördern und zu begleiten. Die DAKJ ist seit Juli 2017 Mitglied im ABNR und wird darüber berichten.

### Handlungsempfehlungen/politische Forderungen

Die anlässlich der letzten Bundestagswahlen erstellten Handlungsempfehlungen "Gleiche gesundheitliche Chancen für Kinder und Jugendliche in Deutschland" werden gemeinsam unter dem Dach der DAKJ von der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin e.V. (DGKJ), dem Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte e.V. (BVKJ) und der Deutschen Gesellschaft für Sozialpädiatrie e.V. (DGSPJ) getragen. Den vollständigen Text finden Sie u.a. [hier](#). Der Versand an alle Bundestagsabgeordneten erfolgte über die DAKJ. Daraus haben sich erste Gespräche mit Bundestagsabgeordneten ergeben (z.B. Dr. Georg Nüßlein, CSU; Birgit Wöllert, DIE LINKE; Susann Rührich, SPD). Außerdem wurden die Handlungsempfehlungen im August an ausgewählte noch nicht im Bundestag vertretene Kandidaten für die Bundestagswahl verschickt.

Eine nach Abstimmungsprozess zwischen DGKJ, BVKJ und DGSPJ komprimierte Fassung der Handlungsempfehlungen wurde im Juli 2017 über die DAKJ als „Forderungen der kinder- und jugendmedizinischen Verbände und Gesellschaften zur kinder- und jugendärztlichen Versorgung“ an den innerhalb der CDU/CSU für den Bereich Gesundheit zuständigen Bundestagsabgeordneten Georg Nüßlein mit der Bitte um Berücksichtigung und Aufnahme in den Koalitionsvertrag für die 19. Legislaturperiode geschickt. Dies erfolgte nach ausdrücklicher Aufforderung durch den Abgeordneten.

Des Weiteren hat Herr Professor Huppertz einzelne Bremer Bundestagsabgeordnete in die Prof.-Hess-Kinderklinik in Bremen eingeladen, um mit Ihnen über die Umsetzung der Handlungsempfehlungen zu sprechen:



Sarah Ryglewski, SPD, MdB, Mitglied in den Ausschüssen für Finanzen und Petitionen



Elisabeth Motschmann, CDU, MdB, Mitglied im Bundesvorstand der CDU

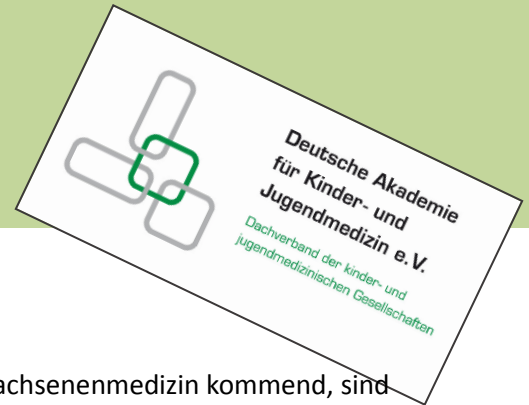
Weitere Treffen fanden statt mit Bettina Hornhues, CDU, ordentliches Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Frau Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Bündnis 90/Die Grünen, MdB, stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

#### **Kommission für Weiterbildungs- und Strukturfragen (WBK) - Novellierung der Musterweiterbildungsordnung (MWBO)**

2017 sollen die Logbücher für die Zusatzweiterbildungsbezeichnungen (Kinder-Endokrinologie und Diabetologie, Kinder-Gastroenterologie, Kinder-Nephrologie, Kinder-Pneumologie, Kinder-Rheumatologie) analog zu den Facharzt- und Schwerpunktbezeichnungen überarbeitet werden. Die Kommission für Weiterbildungs- und Strukturfragen hat auch diesmal den beteiligten Fachgesellschaften Hilfe angeboten. Das erste Arbeitstreffen fand am 17. März 2017 in Essen statt, als Vorbereitung auf eine gemeinsame Beratung mit der Bundesärztekammer (BÄK). Bei dieser Beratung, die am 07.06. 2017 in Berlin stattgefunden hat, wurden auch neue Subspezialisierungen (Spezielle Sozialpädiatrie und Spezielle Pädiatrische Stoffwechselmedizin) behandelt. An diesen Arbeitstreffen nahmen u.a. Herr Dr. Fischbach (BVKJ), Herr Professor Huppertz (DAKJ) und Herr Professor Mayatepek (DGKJ) teil.

Da der Deutsche Ärztetag (DÄT) 2017, trotz der Einwände der betroffenen Fachgesellschaften, eine Weiterbildungszeit von 24 Monaten für Schwerpunkte beschlossen hat, wird auch hier eine strukturierte Diskussion erforderlich werden.

Ein wichtiges Thema ist die Zusatzweiterbildung Spezielle Sozialpädiatrie, deren Behandlung nach vielen Vorgesprächen in einer Telefonkonferenz unter Mitwirkung der DAKJ an die Kommission für Weiterbildungsfragen der DAKJ zurückverwiesen wurde. Auf der letzten Sitzung der Weiterbildungskommission am 20.09.2017 wurde beschlossen, die Beantragung „ZWB spezielle Sozialpädiatrie“ positiv zu begleiten. Der Vorschlag wurde über die DAKJ an die BÄK weitergeleitet mit der Bitte, ihn auf Wiki-BÄK hochzuladen. Was die berufsbegleitende Zusatzweiterbildung betrifft, besteht weiterhin Diskussionsbedarf bezüglich der Rahmenbedingungen.



In Diskussion als weitere Zusatzweiterbildungen, primär aus der Erwachsenenmedizin kommend, sind die Diabetologie, die Notfallmedizin und die Hämostaseologie.

Für die ZWB Diabetologie soll die Zugangsmöglichkeit von Kinder- und Jugendmedizinern bestehen. Die BÄK hat die Pädiatrie als Zugangskriterium aus dem Entwurf rausgenommen, pädiatrische Inhalte jedoch beibehalten. Die Kommissionsmitglieder sind sich einig, dass es bei einem größeren Bedarf an pädiatrischen Diabetologen einer separaten, auf die Zielgruppe zugeschnittenen Qualifikation bedarf. Eine modulare Weiterbildung für Pädiater wäre in dem Fall anzustreben.

Der Bedarfsumfang muss mit der DGKED geklärt werden. Sollte die DGKED den Bedarf höher einschätzen als die vorhandenen Kapazitäten, so sollte eine modulare Qualifikationsmöglichkeit für Kinderdiabetologen angestrebt werden.

An der vorab stattgefundenen Beratung für die ZWB Akut- und Notfallmedizin am 18.09.2017 waren folgende Gesellschaften beteiligt: DGIM, DGIIN, DGAI, Gem. WB-Komm Chirurgie, DGKJ, DGN, DGNC, DEGAM, DIVI, DGINA, DGVS. Als Eintrittskriterium für die Qualifikation ZWB Akut- und Notfallmedizin sollte auch Kinder- und Jugendarzt/in benannt werden. Die DGKJ und der VLKKD tragen diese Option nicht mit. Nach intensiver sachlich begründender Diskussion hat die BÄK die Pädiatrie als Zulassungsvoraussetzung gestrichen.

Auf Grund der Versorgungsrealität besteht zum Entwurf der ZWB Hämostaseologie aus pädiatrischer Sicht kein Diskussionsbedarf.

### **Kommission für Infektionskrankheiten und Impffragen**

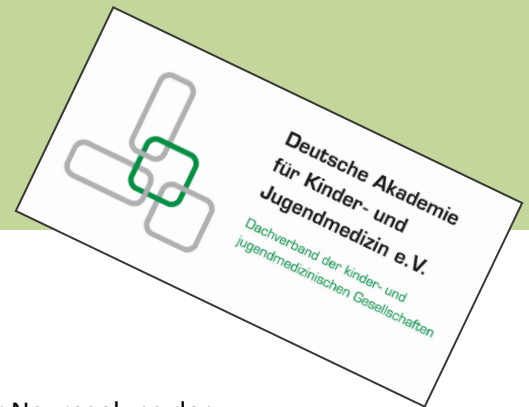
Eine Überarbeitung der Stellungnahme „Medizinische Maßnahmen bei immigrierenden Kindern und Jugendlichen“ gemeinsam mit der Globalen Kommission für Kindergesundheit der DAKJ wurde in einer Kurzversion erstellt. Sie finden die Stellungnahme auf der Homepage der DAKJ. Die Langversion ist in Arbeit und wird nach Fertigstellung zur Veröffentlichung in den Fachzeitschriften eingereicht.

(Bei Nachfragen zur Kommissionsarbeit können Sie sich an Katarzyna Paul wenden, Kontakt siehe unten).

Diese und andere Stellungnahmen der Kommissionen der DAKJ finden Sie [hier](#).

### **Budapest Declaration about "Children on the Move"**

Auf der Jahresversammlung der internationalen Gesellschaft für Sozialpädiatrie und Kindergesundheit ISSOP (International Society for Social Pediatrics and Child Health) haben Kinder- und Jugendärzte gemeinsam mit anderen auf dem Gebiet tätigen Fachgruppen eine Erklärung zu Rechten, Gesundheit und Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen auf der Flucht gezeichnet. Die DAKJ und Ihre Gründungsgesellschaften unterstützen diese Erklärung vollumfänglich. Das Papier finden Sie [hier](#).



## **Pressemitteilung zum „Beschneidungsgesetz“**

Zum fünften Jahrestag der Abstimmung im Deutschen Bundestag zur Neuregelung der Rechtmäßigkeit nicht medizinisch indizierter Vorhautentfernungen an Jungen äußern Ärztevertretungen und Kinderschutzverbände erneut Kritik an der geltenden gesetzlichen Regelung. Gemeinsam mit MOGIS e.V. und Fachverbänden hat die DAKJ die Pressemitteilung

## **Fünf Jahre Beschneidungsgesetz: „Rechtsfrieden“ zu Lasten von Kinder- und Menschenrechten**

am 11.12.2017 veröffentlicht. Sie finden die Pressemitteilung [hier](#).



**Die DAKJ verabschiedet sich für das Jahr 2017 und wünscht Ihnen ein frohes Weihnachtsfest. Wir freuen uns auf ein Wiedersehen in 2018!**

**Ihr Team der DAKJ**



---

## **Gesetzlicher Vorstand der DAKJ**

Generalsekretär: Prof. Dr. med. Hans-Iko Huppertz

Stellvertreter des Generalsekretärs: Dr. med. Christian Fricke

2. Stellvertreter des Generalsekretärs und Schatzmeister: Dehtleff Banthien

## **Bestellen des Newsletters unter [kontakt@dakj.de](mailto:kontakt@dakj.de)**

Kontakt zur Geschäftsstelle

Katarzyna Paul und Julijana Petek

Chausseestr. 128/129

10115 Berlin

Tel.: 030.4000 588-0

Fax: 030.4000 588-8

E-Mail: [kontakt@dakj.de](mailto:kontakt@dakj.de)

Foto ©by-studio